

## Die Fassade bröckelt: Das wahre Gesicht des Jürgen Rüttgers

**Jürgen Rüttgers ist seit 2005 Ministerpräsident von NRW. Doch die Bürger dort kennen ihren Ministerpräsident mit einem Doppelgesicht:**

**Zum einen inszeniert sich Rüttgers als selbsternannter „Arbeiterführer“, der behauptet, für die kleinen Leute zu sprechen. Zum anderen ist er jedoch ein eiskalter Machtpolitiker ohne Werte und Anstand, der Arbeitnehmerrechte abschafft, für Dumping-Löhne steht und Steuersenkungen für Besserverdienende mitbeschließt.**

### **Rüttgers, Landsvater und Rau-Nachfolger?**

**Geld für Gespräche mit dem Ministerpräsidenten:**

*Rüttgers sagt: „Er sei nicht käuflich“*

Doch die NRW-CDU verkaufte Gesprächstermine des Ministerpräsidenten Rüttgers an zahlungskräftige Konzerne. Den Konzernen wurden nicht nur – wie üblich – Ausstellungsflächen auf CDU-Veranstaltungen angeboten, sondern auch Gespräche mit dem Ministerpräsidenten – allerdings nur gegen Zahlung von 6.000 Euro. Verfassungsrechtler Hans Herbert von Arnim sagte zu dieser Praxis der NRW-CDU: Wenn man die Schreiben der CDU ernst nehme, „dann hat das nicht nur ein 'Geschmäckle', sondern grenzt an Korruption“. Illegal sei dabei nicht die Spende, sondern „wenn als Ge-

genleistung der Zugang zur Regierung versprochen wird, dann könnte das Verbot von sogenannten Einfluss-Spenden greifen“ (Neue Presse, 22.02.2010). Rüttgers hatte noch am Wochenende öffentlich bekundet, er sei über die Detailplanung von Kongressen und Parteitag und die von der CDU angebotenen Gegenleistungen nicht informiert gewesen. „Ich habe die Briefe an die Sponsoren nicht gekannt“. Doch den Medien bekannt gewordene interne Dokumente aus der CDU-Zentrale scheinen zu zeigen, dass Rüttgers hier die Unwahrheit sagt. Die FAZ schrieb: „Von nichts eine Ahnung haben zu wollen, was seit Jahren Praxis ist, heißt im günstigsten Fall, dass er die Marionette seiner teilweise recht unerfahrenen Ratgeber war und selbst keinen Einfluss darauf hatte, mit wem er am Tisch saß. Im ungünstigeren Fall hat er hier die Unwahrheit gesagt und den Ahnungslosen nur gespielt. Und das könnte ihn selbst den Kopf kosten“ (FAZ, 24.2.2010).

### **Ressentiments gegen Rumänen, Chinesen und Inder**

*Der ehemalige SPD-NRW-Ministerpräsident Johannes Rau stand für Versöhnen statt Spalten. Rüttgers steht für den Gegenteil: Spalten statt Versöhnen.*

Rüttgers geht mit Parolen gegen Ausländer auf Stimmenfang und begab sich damit auf Mölle-

manns Spuren. Über rumänische Arbeiter sagte er: „In Rumänien kommen die Arbeiter nicht wie unsere Arbeitnehmer hier in NRW morgens um sieben Uhr und bleiben solange wie Betrieb ist. Die kommen, wann sie wollen und gehen, wann sie wollen.“ Auch für mögliche chinesische Investoren hatte er eine Parole auf Stammtischniveau parat: „Wenn die dann nicht endlich in Duisburg investieren wollen, dann werden die auch noch gewürdigt, so lange bis sie Duisburg schön finden.“ Neu sind solche Töne von Rüttgers nicht. Im Landtagswahlkampf 2000 zog er mit dem Spruch: „Kinder statt Inder“ in den Wahlkampf.

### **Organisierte Videoüberwachung, koordiniert durch die Staatskanzlei**

*Rüttgers behauptete, „Ich halte die gegenseitige Filmerei für nicht notwendig.“ (WAZ, 20.09.2009).*

Die CDU in Nordrhein-Westfalen verfolgt in den Landtagswahlen eine Diffamierungskampagne gegen die SPD-Spitzenkandidatin Hannelore Kraft. Einer der Tiefpunkte der Kampagne war die Videoüberwachung von Kraft, die systematisch von der CDU bespitzelt wurde. Die Videoüberwachung durch die CDU wurde dabei offenbar aus der Regierungszentrale des Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers mitgesteuert. Damit hat die Staatskanzlei massiv gegen das verfassungsrechtlich verankerte Trennungsgebot zwischen Regierungs- und Parteiarbeit verstoßen. In einer E-Mail vom 8. September 2009 schrieb der Planungschef der Düsseldorfer Staatskanzlei, Boris Berger, ein enger Vertrauter von Rüttgers, an die CDU-Zentrale: „Gute Infos, danke! Wie bündeln wir solche Infos, wie organisieren wir die dauerhafte Beobachtung und Archivierung der Infos?“ Nach dem Bekanntwerden der Video-Überwachung meldete sich Berger am 17. September per E-Mail erneut in der CDU-Zentrale: "Bei aller Freundschaft, da ist richtig Scheiße angerichtet worden! Ohne Not dicke Hose vorgetäuscht und dafür noch Prügel bekommen! Das ist das zweite Eigentor, das wir in zwei Wochen schießen!" (SZ, 23.09.2009).

### **Rüttgers, der Arbeiterführer?**

#### **Geringverdiener werden im Stich gelassen:**

*NRW-Arbeitsminister und rechte Hand von Rüttgers, Karl-Josef Laumann behauptet: „Wer vollbeschäftigt und normal ausgebildet ist, muss von seinem Lohn auch leben können.“ (Laumann, WDR, 18. Juni 2007).*

Doch Rüttgers und auch sein Arbeitsminister Laumann lehnen Mindestlöhne ab. Rüttgers: „Für die Löhne in der Bundesrepublik sind die Tarifparteien zuständig, nicht der Staat“ (WDR, 18. Juni 2007). Er will stattdessen Tariflöhne durch eine Kombination aus Dumpinglöhnen und staatlichen Transferzahlungen ersetzen. Im Klartext heißt das: Staatslohn statt Tariflohn. Eine solche Regelung ermöglicht den Arbeitgebern, große Teile ihrer Lohnkosten zu Lasten des Steuerzahlers „auszulagern“. Betriebe, die weiterhin Tariflöhne zahlen, geraten dadurch in einen erheblichen Nachteil und werden unter Umständen gezwungen, sich ebenfalls dieses Modells zu bedienen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Das geplante Verbot sittenwidriger Löhne, das Rüttgers unterstützt, wird als „Anreiz für Arbeit“ bezeichnet. Hingegen zementiert und legalisiert es Hungerlöhne. Dabei bedeutet dies faktisch, dass bei Tariflöhnen im Hotelgewerbe in NRW von 6,50g Löhne Dumpinglöhne von 4,36g/Stunde gesetzlich auch noch absegnet werden. In NRW wurde das Tariftreuegesetz abgeschafft.

#### **Skandalöser Umgang mit eigenen Mitarbeitern**

*Rüttgers behauptet, sich für den Kündigungsschutz einzusetzen.*

Eine 48-jährige Mitarbeiterin und Betriebsrätin der NRW-CDU-Zentrale hatte Fehler bei der Weihnachtspost gemacht. Daraufhin hatten einige Empfänger ihre CDU-Adventskalender erst nach dem 1. Dezember erhalten. Die Sachbearbeiterin, die seit 28 Jahren CDU-Mitglied und seit 22

Jahren bei der Partei angestellt ist, wurde daraufhin entlassen. Die CDU-NRW musste diese Kündigung aber zurückziehen und sie ab dem 1.3. wieder beschäftigen. Ihr Anwalt sprach von „menschenverachtenden und asozialen Zuständen“ in der Düsseldorfer CDU-Zentrale.

### **Arbeitnehmerfeindliche Politik**

*Rüttgers inszeniert sich als Arbeiterführer. Er sagte zur Mitbestimmung, diese habe „wesentlich dazu beigetragen, dass viele Unternehmen mit Hilfe der Belegschaften und der Gewerkschaften die Krise meistern. Deshalb dürfen wir die Mitbestimmung jetzt nicht zurückdrehen“ (Handelsblatt, 12.10.2009).*

Doch Rüttgers war es selbst, der die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst in NRW einschränkte. Die Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes bedeutete die Beschneidung der Rechte der Personalräte (u.a. Verschlechterung für Freistellungen der Personalräte, Verkleinerung der Jugend- und Auszubildendenvertretung). Die CDU-Politikerin Elke Hannack, Mitglied ver.di Bundesvorstand, bewertete die Arbeit von Rüttgers: „Für die ersten beiden Jahre kann ich aus Arbeitnehmersicht nur die Note 5 geben. Jürgen Rüttgers hat alle Reformen gegen die Arbeitnehmer durchgezogen“ (Kölner Stadtanzeiger, 12.10.2007).

### **Rüttgers, ein Vertreter der kleinen Leute?**

#### **Rüttgers hat den schwarz-gelben Koalitionsvertrag im Bund mit beschlossen**

*Rüttgers inszeniert sich als soziales Gewissen der Union*

Rüttgers hat als stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU den Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung mit zugestimmt, in dem in besonderer Weise Lobby- und Klientelgruppen bedient werden. Der Koalitions-

vertrag bedeutet Privilegienschutz für Apotheker, Ärzte, Großgrundbesitzer und Steuerberater. Es profitieren einseitig die Spitzenverdiener, die Arbeitgeber und die Großkonzerne. Hingegen belasten die Pläne für Steuersenkungen und Subventionsabbau v.a. Normal- und Geringverdiener: In der Gesundheit, bei den Steuern, in der kommunalen Daseinsvorsorge. Hier bedeutet schwarz-gelbe Politik letztlich mehr Gebühren und weniger Geld für Bildung und sozialer Sicherheit.

#### **Zukunftspreise an Steuerbetrüger Zumwinkel und Deutsche Bank Chef Ackermann**

*Rüttgers sagte: „Ich bin für Veränderungen im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft.“ Er sei in den letzten Monaten und Jahren „mit meinem Kampf gegen den Turbokapitalismus ganz erfolgreich“ gewesen. „Die ganze Shareholder-Value-Idee hat sich als falsch herausgestellt“ (Spiegel, 12.10.2009).*

Doch an wen verlieh Rüttgers im gleichen Jahr den Zukunftspreis 2009 der CDU? An den Chef der Deutschen Bank Josef Ackermann – dem Symbol für den Share Holder Value. Ackermann lehnte den Preis allerdings ab – wohl auch, weil Rüttgers selbst wegen der Auswahl des Preisträgers in die Kritik kam. Seine Bank gab trotzdem einen 100.000 Euro Sponsor-Beitrag für die CDU-Veranstaltung.

Wer den Preis noch bekam? 2005 erhielt ihn der damalige Post-Chef Klaus Zumwinkel. Dieser wurde inzwischen als Steuerhinterzieher entlarvt.

#### **Nach der NRW-Wahl kommt der soziale Kahl-schlag**

*Rüttgers schweigt als CDU-Vize-Vorsitzender zu den anstehenden sozialen Streichlisten.*

Doch diese werden nach der NRW-Wahl kommen. Der Präsident des Wirtschaftsrates, Kurt

Lauk (NRW) sagte: Er rate, mit unpopulären Entscheidungen bis nach der Landtagswahl in NRW im kommenden Mai zu warten. Er gehe davon aus, dass „eine ganze Reihe von Präzisierungen“ erst „zufällig“ nach der Landtagswahl umgesetzt werden können. Dies habe auch einen „realpolitischen Hintergrund“, um den nicht herumgeredet werden brauche. „Wenn diese Koalition keine Mehrheit im Bundesrat hat, dann arbeitet sie für die Katz“ (ddp, 13.10.09).

## **Rüttgers, ein erfolgreicher Ministerpräsident?**

### **Bei Betreuungsquote unter Dreijährigen auf dem letzten Platz**

*Rüttgers forderte zuletzt mehr Kindertagesstätten und mehr Ganztagsplätze (FAZ, 08.01.2010).*

In NRW lag die Betreuungsquote der unter Dreijährigen (Stichtag: 1.3.2009) gleichzeitig aber nur bei 11,6 Prozent. Das bedeutet bundesweit den letzten Platz. Bis zum Inkrafttreten des Rechtsanspruches 2013 müsste das Angebot damit noch locker verdreifacht werden. Die von Rüttgers unterstützte Steuerpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung führt zudem dazu, dass die Kommunen kein Geld für einen beitragsfreien Kindergarten mehr haben und der Rechtsanspruch auf Kitas bis 2013 in Frage gestellt wird. Es häufen sich zudem die Anzeichen, dass der Rechtsanspruch wenn überhaupt nur über deutlich steigende Gruppengrößen realisiert wird. Der Unmut der Eltern darüber ist nur zu verständlich, zumal einige Kommunen außerdem noch angekündigt haben, die Kita-Gebühren für die Eltern spürbar erhöhen zu wollen, um den Betreuungsausbau zu finanzieren.

### **Langzeitarbeitslose werden in NRW besonders oft schlechter betreut als in anderen Bundesländern**

*Rüttgers gibt vor, sich besonders um Langzeitarbeitslose zu kümmern.*

70 Prozent der 44 Jobcenter in NRW arbeiten schlechter als der deutsche Durchschnitt. Das geht aus einem Controllingbericht der Bundesagentur für Arbeit hervor (Rheinische Post, 14.4.2009).

### **Bildungsmisere in NRW**

Rüttgers forderte in seiner Regierungserklärung einen „neuen, umfassenden Begriff von Bildung“, um sozialen Aufstieg zu ermöglichen (21.1.2010).

Statt Teilhabegerechtigkeit und Chancengleichheit führt die Politik der schwarz-gelben NRW-Regierung zur sozialen Spaltung. Die eingeführte Freiheit zur Wahl von Schulen durch die Auflösung der Grundschulbezirke bedeutet nur eine Freiheit der Privilegierten. Die Rüttgers-Regierung führte Studiengebühren (1.000 EUR pro Jahr) ein. 49 Mio. Euro standen 2008 weniger für Schülertickets zur Verfügung. Die CDU trat 2005 mit einer „Unterrichtsgarantie“ an, dennoch fallen jedes Jahr ca. 4 Millionen Schulstunden aus. Zudem fehlen immer noch tausende neue Lehrkräfte. In einer Presseerklärung der SPD-Landtagsfraktion vom 14.08.2009 heißt es: „Die Zahlen der Schulministerin selbst belegten, dass in NRW rund 5.000 Lehrerinnen und Lehrer fehlen.“ Beim Faktor „erteilter Unterricht pro Schüler“ ist NRW seit Jahren Schlusslicht: „Der Fachlehrerbedarf ist in einigen Disziplinen so hoch, dass auch Lehrkräfte ohne abgeschlossenes Studium im gesuchten Unterrichtsfach bei Schulen der Sek I und II sowie bei Berufskollegs sich bewerben dürfen“ (Bertelsmann-Stiftung 2010).

### **Verschlafen einer ökologischen Industriepolitik:**

*Rüttgers forderte in seiner Regierungserklärung, NRW müsse sich zu einer „ökologischen Industrieregion“ entwickeln, in der Klimaschutz, Wirtschaftswachstum, Energiegewinnung, Mobilität und Lebensqualität besser miteinander vereinbar seien (21.1.2010).*

NRW wird beim Bundesländervergleich für erneuerbare Energien bescheinigt, dass das Land den technologischen und wirtschaftlichen Wandel verschläft. Nur Platz 15 erreicht NRW in dieser Kategorie (Ernst&Young Mittelstands-Barometer).

### **Viele Kommunen sind bankrott**

*Rüttgers hatte behauptet: „Ich fordere seit langem, dass wir die Aufgabenverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen überdenken. Es kann nicht sein, dass jeder immer nur über zu wenig Geld klagt und den Schwarzen Peter weiterreicht“ (ddp, 08.01.2010).*

In Wahrheit stehen zahlreiche Kommunen in Nordrhein-Westfalen vor dem finanziellen Kol-

laps. Vor allem den Städten im Ruhrgebiet drohen wegen wegbrechender Steuereinnahmen Nothaushalte. Mehrere Kommunen haben bereits weitreichende Sparprogramme angekündigt. Angela Merkel sagte in ihrer Neujahrsansprache, sie freue sich „auf die Veranstaltungen in Essen und dem Ruhrgebiet, das Kulturhauptstadt Europas 2010 sein wird“. Gleichzeitig werden in Essen Grundschulen geschlossen; Wuppertal muss sein Theater schließen. Bochum bläst den Bau eines lange geplanten Konzerthauses ab. Die Streichliste ließe sich fortsetzen: Volkshochschulen, Musikschulen, Stadtteilbüchereien. Das Steuerpaket aus dem Koalitionsvertrag – von Rüttgers mitbeschlossen! – wird die Länder ab 2011 rund 12 Mrd. Euro kosten. Für das Land und die Kommunen in NRW bedeutet das einen Einnahmeausfall von 2,4 Mrd. Euro jährlich.